

Frage an Annette Henninger REVERSE Projekt/Politikwissenschaft

- 1) Derzeit – in dieser Pandemie – spitzen sich gesellschafts-politische Verhältnisse zu. Gerade von politikwissenschaftlicher Seite (s. Ursula Birsl in der OP vom März 2020) wird davor gewarnt, dass sich die Ausnahmezustände negativ auf die Demokratie auswirken könnten. Wie ist ihre Perspektive drauf?

Ich teile die Bedenken bezüglich der Beeinträchtigung der Demokratie: Durch die zur Eindämmung von Corona eingeführte Kontaktsperre ist derzeit die Versammlungsfreiheit als wichtiges Grundrecht de facto aufgehoben. Demonstrationen oder Kundgebungen können beispielsweise nicht stattfinden; zivilgesellschaftliche Akteur*innen können also derzeit diesen Weg nicht nutzen, um politische Forderungen an die Öffentlichkeit zu bringen. Die Einschränkungen wirken sich auch auf das Streikrecht aus: Die Gewerkschaft ver.di musste bereits geplante Warnstreiks absagen. Die Tarifrunde 2020 im Sozial- und Erziehungsdienst wurde auf Eis gelegt, bei der ein erneuter Anlauf zur Aufwertung der Frauen*berufe in diesem Bereich unternommen werden sollte. All dies wirkt sich negativ auf die Möglichkeiten zur politischen Partizipation jenseits von Wahlen aus.

- 2) Insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir im Projekt eine Zunahme von Antifeminismus feststellen mussten – dessen Wirkung ja tendenziell auch spaltend ist. Braut sich da etwas Ungutes zusammen?

Auch antifeministische Akteur*innen sind ja von den Einschränkungen der Versammlungsfreiheit betroffen, sie tummeln sich derzeit vor allem in den sozialen Medien. Dort konnten wir in den letzten Jahren in der Tat eine Zunahme von hate speech gegen Frauen*, LGBTI*Q und andere soziale Gruppen beobachten, die gesellschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt sind – bis hin zu organisierten Hasskampagnen, die häufig von rechten Netzwerken ausgehen. Es gibt inzwischen eine gut organisierte extrem rechte und frauenfeindliche digitale Subkultur, die international vernetzt ist und das Internet für ihre Zwecke zu nutzen weiß. Diese Subkultur war der Nährboden für die antisemitischen, rassistischen und frauenfeindlichen Anschläge in Halle im Oktober 2019 und in Hanau im Februar 2019. Für Deutschland ist diese Entwicklung noch recht neu. In anderen Ländern hat es solche Anschläge bereits früher gegeben. In den USA und Kanada wurden von Attentätern, die sich als Incel, also als ‚Involuntary celibacy‘ (deutsch: „unfreiwillig enthaltsam“), gezielt Frauen* getötet – das hat es hierzulande zum Glück noch nicht gegeben. Es bleibt zu hoffen, dass die deutschen Sicherheitsbehörden Antifeminismus als einen Motivkomplex für diesen neuen Rechtsterrorismus ernst nehmen.

- 3) Mit der Perspektive auf Geschlechterverhältnisse: Westliche Gesellschaften stellen sich selbst gern als die Avantgarde der Geschlechtergleichstellung dar. Einige Liberalisierungen haben tatsächlich stattgefunden, aber sind diese nicht vielmehr ambivalent zu betrachten? Wie sehen Sie das aus der Perspektive der Leiterin des Forschungsprojekts REVERSE?

Gerade mit Blick auf Frauen* und Macht stellen aktuelle Zeitdiagnosen aus der Geschlechterforschung ambivalente Entwicklungen fest: Die Frauenerwerbstätigkeit ist deutlich gestiegen, Frauen* in männlich konnotierten Jobs und in politischen Führungspositionen sind heute auch medial sehr sichtbar. Angesichts dieser

Entwicklungen dominiert in der öffentlichen Debatte der Eindruck, dass die Gleichstellung der Geschlechter bereits erreicht ist. Auch LGBTIQ-Anliegen werden tendenziell als Frage des persönlichen Lebensstils behandelt. Weitergehende Forderungen gelten als überzogen. Fortbestehende strukturellen Ungleichheiten und Diskriminierungen werden dabei aber ausgeblendet - beim Gender Pay Gap gehört Deutschland zum Beispiel nach wie vor zu den Schlusslichtern in Europa. Frauen* investieren deutlich mehr Zeit in unbezahlte Care-Arbeit als Männer*. Das macht sich in Form von Ungleichheiten bei der sozialen Absicherung bemerkbar: Leistungen aus der Sozialversicherung sind von den vorher einbezahlten Beiträgen abhängig. Deshalb bekommen Frauen* hierzulande nur etwas mehr als halb so viel Rente wie Männer* - die Altersarmut ist damit also vorprogrammiert.

Auch die andauernde Gewalt im Geschlechterverhältnis wird bei der Selbstbeschreibung westlicher Gesellschaften als Avantgarde der Gleichstellung ausgeblendet - der gefährlichste Ort für Frauen* ist hierzulande nach wie vor nicht der dunkle Park oder der Kölner Hauptbahnhof, sondern das eigene Zuhause, wo die meisten Übergriffe stattfinden. Insbesondere bei Trennung oder Scheidung steigt das Gewaltisiko. Anstatt ernsthaft darüber zu diskutieren, richtet sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf eine spezifische Tätergruppe, nämlich auf vermeintlich ‚muslimische‘ bzw. arabischstämmige Männer*, deren härtere Bestrafung oder Ausweisung dann gefordert wird. Diese Projektion auf eine als ‚rückständig‘ markierte Tätergruppe kann aber das gesamtgesellschaftliche Gewaltproblem nicht lösen.

- 4) Im Projekt haben wir die Frage gestellt, ob es eine Krise der Geschlechter Verhältnisse gibt und ob Antifeminismus eine Art Antwort auf die Krise ist? Wenn ja, wie muss man sich die Krise vorstellen und wo zeigt sie sich am deutlichsten?

Die Geschlechterforschung beobachtet durchaus latent krisenhafte Entwicklungen in den Geschlechterverhältnissen. Als zentrales Krisenphänomen gilt dabei die sogenannte ‚Krise der sozialen Reproduktion‘. Damit ist gemeint, dass die Ressourcen für fürsorgende Tätigkeiten (englisch: ‚care‘) im neoliberalen Kapitalismus immer mehr schwinden - zum einen im Privaten durch die gestiegene Frauenerwerbstätigkeit, zum anderen durch Versuche zur Rationalisierung bezahlter Care-Tätigkeiten, beispielsweise in der Alten- und Krankenpflege, die auf Kosteneffizienz getrimmt werden. Fürsorge ist aber die Basis für die gesellschaftliche Reproduktion und das Wohlbefinden der Menschen. Die Geschlechterforschung weist darauf hin, dass diese Entwicklung mit der Zunahme sozialer Ungleichheiten verbunden ist: Wer Geld hat, kann sich private Fürsorgeleistungen oder Versicherungen kaufen; wer arm ist, ist sehr viel stärker auf unbezahlte Fürsorge oder sozialstaatliche Leistungen angewiesen - das wird uns ja gerade in der Corona-Krise sehr deutlich vor Augen geführt. Allerdings diagnostiziert die Geschlechterforschung nicht den unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch der Geschlechterverhältnisse.

Solche Zusammenbruchdiagnosen sind eher das Genre antifeministischer Bedrohungsszenarien, die vermeintlich einfache Lösungen für komplexe gesellschaftliche Probleme anbieten und Sündenböcke hierfür identifizieren - so sollen z.B. Feministinnen und Homosexuelle schuld daran sein, dass die Deutschen aussterben, weil sie die traditionelle Kleinfamilie untergraben; über dieses bevölkerungspolitische Argument lässt sich Antifeminismus auch gut mit Rassismus verknüpfen. Als bedrohtes Gut gelten in antifeministischen Diskursen binäre Geschlechtsidentitäten, das Kindeswohl und die traditionelle Familie; da die Familie als zentraler Stützpfeiler der

gesellschaftlichen Ordnung – wahlweise auch der Nation oder des Volkes - gilt, geht es in diesen Bedrohungsszenarien quasi immer gleich ums ‚Ganze‘. Die Krise der sozialen Reproduktion bleibt in diesen antifeministischen Bedrohungsszenarien merkwürdig unthematisiert, ebenso wie die Zunahme sozialer Ungleichheiten – die einzige Lösung, die hierfür angeboten wird, ist: Frauen* sollen wieder die unbezahlte Familienarbeit übernehmen. Das wird aber nicht funktionieren, weil viele Familien heute auf zwei Einkommen angewiesen sind. Sabine Ganz hat schon 2015 im Blog der feministischen Studien die These aufgestellt, der Kampf gegen einen vermeintlichen ‚Gender-Wahn‘ sei eine reaktionäre Form der Krisenbearbeitung, bei der gesellschaftliche Probleme auf kulturellem Terrain bearbeitet würden, z.B. in Form von Debatten über Identität oder kulturelle Werte – das finde ich sehr einleuchtend.